

# Österreich erinnert sich an sein vergessenes KZ

Das ehemalige Vernichtungslager Gusen liegt heute mitten in einem Wohngebiet – nun soll es zu einem würdigen Gedenkort werden

IVO MIJNSSEN, GUSEN

Die oberösterreichische Topografie des Terrors ist eine Idylle. Oberhalb der Donau stand das Lager Mauthausen in einer üppig-grünen Hügellandschaft; kaum vorstellbar, dass die Nationalsozialisten hier und in 49 Aussenlagern 100 000 Menschen zu Tode schindeten und folterten, erschossen und vergast.

Mauthausen, dessen Befreiung am Sonntag zum 76. Mal gedacht wurde, ist eine international bekannte Gedenkstätte. Bis zur Pandemie empfing sie jedes Jahr Hunderttausende von Besuchern. Doch nur wenige Kilometer entfernt standen in Gusen drei Vernichtungslager, die heute weitgehend vergessen sind. Ein Grund dafür ist besonders deprimierend: Die Zahl der Überlebenden war so gering, dass ihre Stimmen kaum hörbar waren.

## «Hölle aller Höllen»

Von den beinahe 70 000 Insassen der Lager aus halb Europa lebten zum Zeitpunkt der Befreiung am 5. Mai 1945 noch 20 000. Die Zwangsarbeiter waren zunächst im Steinbruch eingesetzt worden, später in der Rüstungsindustrie und beim Flugzeugbau. 1942 war Gusen doppelt so gross wie Mauthausen, 1944 begann die Arbeit am Stollensystem «Bergkris-



Jüdische Frauen stehen im Mai 1945 nach der Befreiung des Lagers Gusen in der Nähe von Linz Schlange für eine Mahlzeit. DPA



Jolanta Kozłowska  
Polnische Botschafterin in Österreich

Martha Gammer  
Vorsitzende des Gedenkdienstkomitees

tall», in dem Tausende unter unmenschlichen Bedingungen zu Tode geschunden wurden. «Hölle aller Höllen» nannten die Insassen Gusen. Etwa drei Viertel der mindestens 35 000 Opfer stammten aus Polen. Nach dem Überfall auf das Land hatten die Nazis die intellektuelle Elite nach Gusen abgeführt, um sie «durch Arbeit zu vernichten», wie es die SS nannte. «Bei uns wird Gusen deshalb auch als «zweites Katyn» bezeichnet», erklärt Jolanta Roza Kozłowska, die polnische Botschafterin in Wien, in Anspielung auf den Ort des sowjetischen Massenmordes an ihren Landsleuten 1940.

In Österreichs Gedenkkultur fristete Gusen hingegen über Jahrzehnte ein

Schattendasein – ein Zustand, der sich erst jüngst wegen des massiven Drucks aus Warschau und anderen europäischen Hauptstädten geändert hat. Anfang Mai verkündete das Innenministerium in Wien, es habe sich mit den privaten Eigentümern von Teilen des ehemaligen Lagers auf einen Verkauf geeinigt. Zur Entscheidung trug auch die Drohung der polnischen Regierung bei, das Gelände selbst zu kaufen.

Die Erinnerungslandschaft Gusen präsentiert sich allerdings als Flickenteppich aus kleinen Gedenkstätten, Industriegebieten, Brachen und besiedeltem Gebiet. Rund um das erhaltene Krematorium gibt es ein kleines Museum und seit 1965 ein Denkmal – einen schlichten Quader, zu dem zwischen rohen Betonwänden ein labyrinthartiger Pfad führt. «Er soll die Ausweglosigkeit des Gangs der Häftlinge in die damaligen Tunnelsysteme darstellen», erklärt Martha Gammer, die Vorsitzende des Gedenkdienstkomitees Gusen.

Die Aussenwand grenzt direkt an eine Wohnsiedlung. Es sind hübsche Häuser, die an der «Parkstrasse», der «Lerchenstrasse» und der «Blumenstrasse» liegen. Bis 1945 standen hier die Baracken des

Lagers Gusen I. Daneben ist eine weiss getünchte Luxusvilla sichtbar – das ehemalige Jourhaus: Darin residierte einst die Lagerführung, im Keller wurden Gefangene gefoltert. Das frühere Lagerort lässt sich zwischen den zwei schicken, neu hinzugefügten Balkonen klar erkennen.

## Sowjetische Besatzungszone

Die Gründe für die Verflechtung von Gedenkstätte und Alltagswelt liegen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Gusen wurde zwar von den Amerikanern befreit, kam im Sommer 1945 aber in die sowjetische Besatzungszone. Josef Stalin hatte kein Interesse, an Gusen zu erinnern, da hier auch Hunderte von sowjetischen Kriegsgefangenen ermordet worden waren. Das passte nicht zum Mythos der unbesiegbaren Roten Armee. Ausserdem wurde der Steinbruch weiter genutzt.

Als die sowjetischen Besatzer 1955 abzogen, übernahm das befreite Österreich bereitwillig die Strategie des Vergessens – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen: «Im Gegenzug für das Versprechen, günstige Wohnungen zu errichten, handelte Wien einen deutlich tieferen Preis

für das Gelände aus», erzählt Kozłowska mit einem grimmigen Lächeln. Zudem sei mit günstigen Landpreisen für Einfamilienhäuser erworben worden. Erst 1965 errichteten Überlebende aus eigenen Mitteln eine kleine Gedenkstätte. Offizielle Delegationen aus Polen hätten aber nur Mauthausen besucht, sagt die Botschafterin, ehemalige Häftlinge konnten wegen des Eisernen Vorhangs nur in absoluten Ausnahmefällen anreisen. «Gusen blieb ein magisch versteckter Ort.»

1997 ging das Gelände des Krematoriums in den Besitz der Republik Österreich über. Doch es brauchte 2001 die Initiative des Historikers und damaligen polnischen Aussenministers Władysław Bartoszewski, um es zu sanieren und ein Besucherzentrum einzurichten. Ebenfalls mit Geld aus Warschau entstand eine Gedenkstätte vor dem Eingang des ehemaligen Stollensystems «Bergkristall». Mit diesem noch verborgeneren Ort kam Martha Gammer in den siebziger Jahren erstmals als Lehrerin in Kontakt: «Meine Schüler kletterten als Mutprobe in die Stollen hinein und fragten mich nachher, was dort eigentlich gewesen war.»

Die Frage treibt Gammer und weitere Historiker bis heute um. Im April prä-

sentierte das ZDF in einem etwas reiserischen Dokumentarfilm neue Dokumente, die nahelegen, dass die Stollen als Produktions- und Forschungsstandort bedeutender waren als bisher angenommen. Bis in die letzten Kriegstage transportierten riesige Zugskompositionen Material und Spezialisten nach Gusen. Ob dort auch an hochmoderner Raketen- oder gar Nukleartechnologie geforscht wurde, bleibt aber umstritten. Das gilt auch für den Plan der SS-Führung, das Stollensystem zusammen mit den Zwangsarbeitern in die Luft zu sprengen, um zu verhindern, dass die Anlage in die Hände der Alliierten geriet. Zur Detonation kam es nicht, wobei unklar bleibt, ob die Deutschen vom Vorhaben abrückten oder dieses durch Sabotage verhindert wurde.

## Profiteure und Opfer

Erwiesen ist hingegen, dass sowohl die Amerikaner als später auch die Sowjets grosse Mengen an Technik aus dem Stollensystem entfernten. Davon ist heute nur ein einziger Gang übrig geblieben, der nur an vier Tagen pro Jahr zugänglich ist. Der Rest wurde teils gesprengt, teils abgetragen von einer Firma, die hier Sand abbaut und die Stollen später zubetoniert, um den Boden darüber zu stabilisieren.

Ein Ziel des Aufkaufs des Geländes durch die Republik ist es, den Zugang zum «Bergkristall» zu verbessern. Das begrüssen Kozłowska und Gammer. Dennoch bleiben sie bezüglich des noch vagen Nutzungskonzepts skeptisch. «Jetzt geht die Auseinandersetzung erst los», glaubt Gammer. «In der Gemeinde will man keine weiteren Bauwerke zur Erinnerung.» Zwar seien die Nazis und ihre direkten Nachkommen inzwischen grösstenteils ausgestorben, ist vor Ort zu hören. Doch die Spannung zwischen der mörderischen Geschichte und dem heutigen Alltag lässt sich nicht so leicht auflösen: So profitierten die Besitzer des Steinbruchs nach dem Krieg über Jahrzehnte von den Investitionen der SS. Und auch die Bewohner des Jourhauses hatten sich in einer kontaminierten historischen Landschaft behaglich eingerichtet.

Bürgermeister Erich Wahl, der sich stark für die Gedenkkultur einsetzt, glaubt, St. Georgen sei im Grunde immer noch traumatisiert von der damaligen Erfahrung. Die SS habe viele Dorfbewohner terrorisiert, geringe Verstösse oder Hilfeleistungen an Lagerinsassen seien hart bestraft worden. «Die einen haben danach geschwiegen, weil sie Täter waren, die anderen, weil sie schlimme Dinge erlebten.»

# Russland erprobt eine neue diplomatische Waffe

Die Liste «unfreundlicher Staaten» schränkt den Betrieb ausländischer Vertretungen ein und verschärft die Spannungen mit der EU

MARKUS ACKERET, MOSKAU

Welcher Staat ist der unfreundlichste auf der Welt? Russland verfügt seit kurzem über eine entsprechende Liste. Präsident Wladimir Putin hatte vor drei Wochen die Regierung damit beauftragt, die Russland gegenüber «unfreundlichen Staaten» zu definieren. Danach war darüber spekuliert worden, welchen Ländern diese zweifelhafte Ehre zuteil werden könnte. Die Vereinigten Staaten schienen gesetzt, aber auch die Ukraine, Grossbritannien, Polen, die drei baltischen Staaten, und – im Lichte der jüngsten diplomatischen Verwicklungen – Tschechien und Bulgarien wurden als heisse Kandidaten gehandelt. Am Ende traf es gleichwohl nur zwei: die USA und Tschechien. Aufatmen dürfen alle anderen Staaten aber nicht. Die Liste, hiess es, werde bei Bedarf an die politische Lage angepasst.

Die Auflagen, denen die offiziell «unfreundlichen Staaten» von nun an unterworfen sind, beziehen sich scheinbar nur auf Bürokratisches, die Konsequenzen

sind aber weitreichend: Den diplomatischen Vertretungen in Russland ist es künftig im Falle der USA ganz und im Falle Tschechiens weitgehend untersagt, sogenannte Ortskräfte zu beschäftigen. Russen, Angehörige von Drittstaaten oder lokal angestellte eigene Bürger übernehmen in vielen Botschaften administrative, technische oder auch diplomatisch-beratende Funktionen. Ihre Ortskenntnisse sind wichtig. Haus-techniker, Fahrer und Köche sorgen für den Unterhalt und das Wohlbefinden in der diplomatischen Vertretung.

## Schüren von Unsicherheit

Ohne Ortskräfte sind viele Dienstleistungen nicht mehr möglich. Die amerikanische Botschaft machte bereits vor zwei Wochen klar, dass sie für die eigenen Bürger nur noch im Notfall konsularische Dienste erbringen kann. Sorge und Unmut unter Russinnen und Russen löste die Ankündigung aus, es würden bis auf weiteres in Russland nur noch diplomatische Visa ausgestellt. Nicht

nur Reisepläne platzten. Auch Studenten mit einem Studienplatz in den USA bangen um ihr Einreisedokument. In wirtschaftlich angespannter Zeit verlieren Hunderte russischer Bürger ihre gut bezahlte Stelle. Die Massnahme der russischen Regierung trifft, wie so oft, nicht nur die fremden Staaten, sondern auch die eigene Bevölkerung. Spiegelbildliche Reaktionen muss Moskau dagegen nicht fürchten: Russische Botschaften verzichten auf Ortskräfte.

Das neue aussenpolitische Instrument Moskaus hat in diplomatischen Kreisen Unbehagen ausgelöst. Sie fragen sich, inwieweit solch weitreichende Eingriffe ins Funktionieren ausländischer Vertretungen mit der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen vereinbar sind. Die Massnahme sät, wohl ganz im Sinne ihrer Erfinder, Unsicherheit: Niemandem ist klar, welches «Fehlverhalten» dazu führt, auf die Liste zu kommen, und mit welchen Handlungen man das Stigma wieder loswird.

Dieses Problem stellt sich allerdings umgekehrt auch der russischen Seite.

Die scharfe Grenze, die mit der Liste zu «unfreundlichen» Staaten gezogen wird, wirft die Frage auf, ob dann alle anderen Länder «freundlich» sind. Gegenüber der Ukraine etwa fallen ständig scharfe Worte. Die Wut und die Verbitterung über Tschechiens Rundumschlag gegen Russlands diplomatische Vertretung in Prag weckte dagegen einen offenbar unbändigen Hass auf ein Land, das nicht zu Russlands Feindbildern in der Europäischen Union gehört hatte und das ein begehrtes Reise- und Studienziel ist.

## Die EU fühlt sich betroffen

Die eindeutigen Festlegungen einer solchen Liste schränken den diplomatischen Spielraum auch für neue Avancen Moskaus ein. Der Politologe Timofei Bordatschow vom offiziellen Think-Tank Waldai-Club sieht in der Liste aber eine gerechtfertigte Antwort auf respektloses, unziemliches Verhalten von Staaten und gewissermassen eine erzieherische Massnahme, um diese Verantwortung für ihr Tun zu lehren. Der

frühere Präsident Dmitri Medwedew, einst für den misslungenen «Neustart» im Verhältnis zu Washington zuständig, spricht von einem neuen kalten Krieg. Kompromissunfähigkeit und Feindseligkeit sieht er nur beim Gegenüber. Zugleich wird mit dem vorgesehenen Gipfeltreffen Putins mit Joe Biden die Hoffnung auf eine Regelung der Koexistenz verknüpft.

Tschechiens Erscheinen auf der Liste wirkt jedoch wie ein Symptom der gestörten Beziehung Russlands zur EU. Diese empfand nicht nur die Ende April verkündeten Einreiseverbote für hohe EU-Funktionäre als völlig unangemessen. Die Qualifizierung eines EU-Mitgliedstaats als «unfreundlich» versteht die Union insgesamt als Fehdehandschuh Moskaus. Die Liste und die feindselige Rhetorik sind Zeichen dafür, wie sich Russland aussenpolitisch eingräbt. Bis jetzt betraf dies in erster Linie die Diplomatie und die Politik. Das Stigma des «unfreundlichen Landes» könnte aber auch auf der Ebene der Völkerverständigung nachhaltigen Schaden anrichten.